

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung	25
I. Interne Untersuchungen	25
1. Historie und Vorbild USA	26
a) „US Federal Sentencing Guidelines“ („USSG“)	27
b) „Thompson Memorandum“	28
c) „McNulty Memorandum“ und „Filip Memorandum“	29
2. Entwicklung und Bedeutung in Deutschland	29
a) Deutsche Adaption	29
b) Beweggründe für die Durchführung interner Untersuchungen	32
3. Trend: Die Ermittlung als Dienstleistung	35
II. Fragestellung und Methodik	37
1. Fragestellung und Aufbau der Untersuchung	37
2. Methodik	40
B. Der Einsatz privater Ermittler im Allgemeinen	41
I. Historischer Kontext	41
II. Erscheinungsformen und Stand der Forschung	42
III. Rechtliche Grundlagen und Grenzen	44
1. Eigenständig durchgeführte Ermittlungen des Verletzten	44
2. Eigenständig durchgeführte Ermittlungen des Beschuldigten	48
3. Ermittlungen durch nicht an der Tat beteiligte Dritte	49
a) Ermittlungsrecht des Verteidigers	49
b) Ermittlungsrecht des Verletztenbeistands	50
c) Ermittlungsrecht von Detekteien und Auskunfteien	51
4. Grenzen privater Ermittlungsbefugnisse	51

C. Vereinbarkeit interner Untersuchungen mit der Strafprozessordnung	54
I. Das Offizialprinzip, § 152 Abs. 1 StPO	55
1. Grundlegende Einordnung	55
a) Aussagegehalt	55
b) Der Funktionsvorbehalt als verfassungsrechtliche Legitimation	56
c) Der Staatsvorbehalt als verfassungsrechtliche Grundlage	56
d) Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege als verfassungsrechtliche Grundlage	58
e) Das Demokratieprinzip als verfassungsrechtliche Legitimation	61
2. Berührungspunkte im Rahmen von internen Untersuchungen	62
a) Einsatz privater Ermittler ohne Beteiligung der Strafverfolgungsbehörden	62
aa) Grundrechtlicher Schutzaspekt des Funktionsvorbehaltes aus Art. 33 Abs. 4 GG	63
bb) Grundrechtlicher Schutzaspekt der funktionstüchtigen Rechtspflege	63
cc) Grundrechtlicher Schutzaspekt des Demokratieprinzips	65
dd) Ergebnis	66
b) Ermittlungen auf staatliche Veranlassung hin	66
c) Staatliche Verwendung von privaten Ermittlungsergebnissen	67
d) Geltung im Ordnungswidrigkeitenrecht	68
3. Vereinbarkeit mit dem Offizialprinzip	69
a) Grenzen aus dem Verfassungsrecht	69
aa) Privatisierungsgrenze aus der Pflicht zur Gewährung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege	69
(1) Privatisierungsgrenze durch den Einfluss des Art. 92 GG	71
(2) Privatisierungsgrenze aus der zu gewährleistenden Funktionsfähigkeit selbst	73
(a) Rechtsfriedensfunktion	74
(b) Ermittlung der materiellen Wahrheit	74

(c) Sicherstellung der Rechtsstaatlichkeit: Abwehrrechte des Beschuldigten	76
(d) Ergebnis	80
bb) Vereinbarkeit mit dem Funktionsvorbehalt aus Art. 33 Abs. 4 GG	80
(1) Quantitativer Faktor	82
(2) Qualitativer Faktor	84
cc) Vereinbarkeit mit dem Demokratieprinzip	86
(1) Ausgleich durch entsprechende sachlich- inhaltliche Legitimation	87
(2) Mittelbare Staatsverwaltung durch Beleihung	88
(3) Privatisierung als politisch gewollte Entstaatlichung	89
(4) Ergebnis	90
dd) Einsatz interner Ermittler unter Wahrung der Verfassungsgrenzen	91
(1) § 161 StPO	91
(2) Verwaltungshelfer	91
(3) Beleihung	92
ee) Ergebnis	93
b) Einfaches Recht: § 152 Abs. 1 StPO	94
aa) Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft	94
(1) Einschränkungen	94
(2) Auswirkungen auf interne Untersuchungen	96
bb) Verantwortung für die Rechtmäßigkeit des Ermittlungsverfahrens	99
cc) Ergebnis	101
4. Zusammenfassung	101
II. Das Legalitätsprinzip, § 152 Abs. 2 StPO	102
1. Grundlegende Einordnung	102
a) Aussagegehalt	102
b) Das Rechtsstaatsprinzip als verfassungsrechtliche Grundlage	103
aa) Gewährleistung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege	103
bb) Das Prinzip der Gewaltenteilung	104
cc) Der Bestimmtheitsgrundsatz des Art. 103 Abs. 2 GG	105
c) Der Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 Abs. 1 GG	108

d)	Das Demokratieprinzip als verfassungsrechtliche Grundlage	109
e)	Rechtsgüterschutz	109
2.	Berührungspunkte im Rahmen von internen Untersuchungen	110
a)	Einsatz privater Ermittler ohne beteiligte Strafverfolgungsbehörden	110
b)	Ermittlungen auf staatliche Veranlassung hin	112
3.	Vereinbarkeit mit dem Legalitätsprinzip	113
a)	Einsatz privater Ermittler ohne beteiligte Strafverfolgungsbehörden	113
aa)	Rechtsgüterschutz	113
bb)	Art. 3 Abs. 1 GG: Willkürverbot und Gleichheit aller vor dem Gesetz	114
cc)	Praktische Bedeutung für das staatlich bindende Legalitätsprinzip	116
b)	Ermittlungen auf staatliche Veranlassung hin	117
aa)	Umfang der Parallelermittlungen	117
bb)	Gedanken des Bestimmtheitsgrundsatzes	119
cc)	Gedanken des Demokratieprinzips	119
4.	Zusammenfassung	120
III.	Der Amtsermittlungsgrundsatz, §§ 160, 155 Abs. 2, 244 Abs. 2 StPO	121
1.	Grundlegende Einordnung	121
a)	Einfachrechtliche Ausprägung in der StPO	121
b)	Verfassungsrechtliche Grundlagen	122
aa)	Das Schuldprinzip: „ <i>nulla poena sine culpa</i> “	122
bb)	Das Gebot einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege	123
cc)	Zusammenfassende Betrachtung	124
2.	Berührungspunkte im Rahmen von internen Untersuchungen	125
a)	Einsatz privater Ermittler ohne beteiligte Strafverfolgungsbehörden	125
b)	Ermittlungen auf staatliche Veranlassung hin und die Verwendung privater Ermittlungsergebnisse	127
3.	Vereinbarkeit mit dem Amtsermittlungsgrundsatz	127
a)	Gewährleistung einer materiell wahren Tatsachengrundlage	127

b) Transparenz der Tatsachengrundlage und ihr Zustandekommen	131
aa) Offenheit der Ermittlungen	131
bb) Transparente Dokumentation	132
4. Zusammenfassung	134
D. Der innergesellschaftliche, strafprozessuale & verfassungsrechtliche Informationsschutz	136
I. Das strafprozessuale Verständnis eines Verteidigers im Spiegel interner Untersuchungen	136
1. Das Untersuchungsmandat	137
a) Rechtsberatungsvertrag	137
aa) Inhaltliche Voraussetzungen	137
bb) Personelle Vertragsstruktur	140
(1) Grundsatz: Die Kanzlei als Gesellschaft wird Vertragspartner	141
(2) Bestimmung des zu beratenden Mandanten	141
(a) Die Gesellschaft als Mandant – vertreten durch die Geschäftsleitung	141
(aa) Kein Einbezug der Organmitglieder einer Körperschaft	142
(bb) Kein Einbezug der Gesellschafter einer Personengesellschaft	146
(cc) Privatautonome Gestaltungsfreiheit	148
(b) Die Gesellschaft als Mandant – vertreten durch den Aufsichtsrat	148
(aa) Abschluss externer Beratungsverträge nur innerhalb des Kompetenzbereichs	149
(bb) Beauftragung einer internen Untersuchung durch den Aufsichtsrat der AG	149
i. Einsichts- und Prüfungsrecht des § 111 Abs. 2 S. 1 AktG	150
ii. Weitere Aufgabenbereiche die zur Sachverhaltsaufklärung berechtigen	152
iii. Reichweite der Befugnisse der durch den Aufsichtsrat beauftragten internen Ermittler	153

(cc) Beauftragung einer internen Untersuchung durch den fakultativen Aufsichtsrat der GmbH	156
(c) Das herrschende Unternehmen als Mandant im Konzern	157
(aa) Vertreten durch den Vorstand der Obergesellschaft	158
(bb) Vertreten durch den Aufsichtsrat der Obergesellschaft	158
(d) Individuelle Beraterverträge	160
cc) Bezugspunkt der Verschwiegenheits- und Auskunftspflicht	160
(1) Bericht nur an die gegenwärtige Unternehmensleitung	161
(2) Bericht an den Aufsichtsrat im Rahmen eigener Untersuchungen	162
(3) Bericht an den Aufsichtsrat in von der Unternehmensleitung initiierten Untersuchung	162
(a) Informationsanspruch des Aufsichtsrates	163
(b) Aktive Informationspflicht des durch die Unternehmensleitung mandatierten Anwalts gegenüber dem Aufsichtsrat	164
b) Verteidigungsverhältnis	166
aa) Grundsätzliche Ungeeignetheit für den Untersuchungsauftrag der Gesellschaft	166
bb) Individualverteidigungsverhältnisse	166
cc) Verteidigungsähnliches Vertrauensverhältnis	167
2. Grundrechtsschutz des anwaltlichen Vertrauensverhältnisses	174
a) Grundrechtsposition des individuell Beschuldigten	175
b) Grundrechtsposition des Unternehmens	176
c) Grundrechtsposition der Kanzlei und ihrer anwaltlichen Berufsträger	179
aa) Materielle Grundrechte und verfassungsrechtliche Positionen	180
(1) Art. 12 Abs. 1 GG	180
(2) Art. 2 Abs. 1 GG	181
(3) Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	182
(4) Art. 13 Abs. 1 GG	182

(5) Art. 14 Abs. 1 GG	184
(6) Effektuierung der Grundrechtspositionen durch Art. 20 Abs. 3 GG	184
bb) Art. 19 Abs. 3 GG und internationale Partnerschaften	186
(1) Bestimmung des Hauptverwaltungssitzes einer international beratenden Gesellschaft	186
(2) Geeignetheit des Hauptverwaltungssitzes als Kriterium bei Anwaltssozietäten?	188
(3) Behandlung des Einzelstandorts wie eine inländische juristische Person	188
(4) Isolierte Beschwerdeberechtigung des Einzelstandortes	189
3. Zusammenfassung	190
II. Die Durchsuchung von Kanzleiräumen und der Zugriff auf Unterlagen	192
1. Durchsuchung von Kanzleiräumen	193
a) Ermächtigungsgrundlagen	193
b) Anordnung und Durchführung der Durchsuchung	194
c) Beweisverwertungsverbot bei Missachtung des Vertrauensverhältnisses	197
aa) Einheitliche Behandlung von Durchsuchung und Beschlagnahme	198
bb) Unselbstständiges Beweisverwertungsverbot	199
cc) Selbstständiges Beweisverwertungsverbot aus § 160a StPO	203
(1) Vertrauen durch Rechtssicherheit	203
(2) Auswirkungen auf Kanzleidurchsuchungen im Zusammenhang mit internen Untersuchungen	205
(a) Anwendungsbereich	205
(b) Sachlicher Schutzbereich	206
(aa) Maßstab des § 53 StPO	206
(bb) Umfassender Schutz für Arbeitsprodukte aus internen Untersuchungen	207
(cc) Weitergehender Schutz durch Verteidigungsmandat	210
(dd) Korrekturbedürfnis bei der Unternehmensverteidigung	211

2. Sichtung, Sicherstellung und Beschlagnahme von Unterlagen aus internen Erhebungen	212
a) § 97 StPO – Der Beschlagnahme nicht unterliegende Gegenstände	213
aa) Keine Umgehung des Zeugnisverweigerungsrechts	213
bb) Beschränkung der Beschlagnahmefreiheit auf das Verfahren gegen den individuellen Beschuldigten?	214
cc) Zeitliche Reichweite und Ausschluss bei Verstrickung	215
b) § 148 StPO – Kommunikation des Mandanten mit dem Verteidiger	216
c) Verhältnis zu § 160a StPO und Analyse der Reichweite	218
aa) Vorrang des § 97 StPO	218
(1) Ergänzendes Verwertungsverbot	223
(2) Schutz der Unterlagen beim Mandanten	223
(3) Schutz der Unterlagen auch im Verhältnis zu einem Nichtbeschuldigten	224
(4) Behandlung von Zufallsfunden	225
(5) Abweichende Verstrickungsregelung	227
bb) Neue Impulse bei der Auslegung des § 97 StPO	228
(1) Keine zwingende Notwendigkeit der Beschuldigtenstellung	228
(2) Keine Aufspaltung der Beschlagnahmefreiheit auf Einzelverfahren	231
(3) Keine teleologische Erweiterung auf den Schutz von Unterlagen beim Mandanten	233
d) Verdachtsgrad bei der Verstrickungsregelung	233
aa) Konnexität von Schutzniveau und Verdachtsgrad	234
bb) Bestimmung der qualitativen Verdachtsschwelle	235
cc) Keine Ungleichbehandlung von Verteidigern und sonstigen Anwälten	237
e) Verhältnismäßigkeit der Beschlagnahme	238
f) Besonderheiten bei Emails und Unterlagen im virtuellen Datenraum	239
aa) Dokumente im virtuellen Datenraum	241
(1) Server in den eigenen Kanzleiräumen	242
(2) Server von Drittanbietern	243

(3) Dynamische Verteilung von Speicherkapazitäten	245
bb) Elektronische Kommunikation	248
(1) Interne Messenger-Dienste	248
(2) Emails	249
cc) Verfassungsunmittelbarer Schutz	253
(1) Zugriff auf Emails: Fernmeldegeheimnis und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme	253
(2) Zugriff auf Daten im VDR: Ein fortwährender Kommunikationsvorgang?	256
(3) Rechtfertigungsmöglichkeiten	258
(a) Zugriff auf zwischengespeicherte Emails und Unterlagen aus einem VDR	259
(aa) Kein Rückgriff auf § 94 StPO	260
(bb) Kein Rückgriff auf § 99 StPO	263
(cc) Kein Rückgriff auf § 110 Abs. 3 StPO	265
(dd) Möglicher Rückgriff auf § 100a Abs. 1 S. 1 StPO	266
(ee) Möglicher Rückgriff auf § 100b StPO in subsidiären Einzelfällen	269
(b) Zugriff auf endgespeicherte Emails	272
(c) Schutz bei Zeugnisverweigerungsberechtigten	274
(d) Verhältnismäßigkeit	275
3. Zusammenfassung	276
E. Das Datenschutzrecht als Korrektiv für die Umgehung strafprozessualer Prinzipien	280
I. Der für die Untersuchung maßgebliche Rechtsrahmen des Datenschutzes	284
1. Die Datenschutz-Grundverordnung („DS-GVO“)	285
a) Sachlicher Anwendungsbereich	285
b) Räumlicher Anwendungsbereich	287
2. Das Bundesdatenschutzgesetz („BDSG“)	289
3. Keine Relevanz der RL 2016/680/EU („JI-RL“)	289
4. Keine Relevanz der RL 2002/58/EG („EKDS-RL“) bzw. „E-Privacy-VO“	290

5. Keine Relevanz des Telekommunikationsgesetzes („TKG“)	291
6. Keine Relevanz des Telemediengesetzes („TMG“)	292
II. Einordnung des Verantwortlichen, des Auftragsverarbeiters und des Empfängers	292
III. Datenschutzrechtliche Grenzen der Weitergabe an nationale Behörden	296
1. Rechtfertigungstatbestände	296
a) Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO)	296
b) Erfüllung eines Vertrags (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO)	300
c) Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DS-GVO)	302
aa) Sektorspezifische Rechtsgrundlagen	303
bb) Herausgabeverlangen staatlicher Stellen	303
cc) Kein Rückgriff auf Vorstands- und Geschäftsführerplichten	306
dd) Möglicher Rückgriff auf eine Garantienpflicht im Einzelfall	309
ee) Gestaltungsmöglichkeiten bei Kollektivvereinbarungen	310
d) Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO)	311
aa) Notwendigkeit eines abgestimmten Anwendungsbereichs	312
bb) Berechtigtes Interesse an der Übermittlung der Untersuchungsergebnisse	313
cc) Entgegenstehende Interessen des Betroffenen	315
e) Datenverarbeitung zu Zwecken des Beschäftigungsverhältnisses (§ 26 BDSG)	318
aa) Aufdeckung von Straftaten, § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG	318
bb) Zwecke des Beschäftigtenverhältnisses, § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG	322
cc) Individuelle Regelungen in Kollektivvereinbarungen	323

2. Berücksichtigung des Risikopotentials der Informationsweitergabe	324
a) Erfordernis einer Datenschutzfolgeabschätzung und die Rolle der Aufsichtsbehörden	325
b) Vereinbarkeit der Informationsweitergabe mit dem ursprünglichen Erhebungszweck	328
aa) Einheitlicher Zweck für die Erhebung und Weitergabe	328
bb) Die Weitergabe auf der Grundlage eines geänderten Zwecks	330
cc) Keine vom Erhebungszweck losgelöste Weiterverarbeitung zur Verfolgung von Straftaten nach dem BDSG	331
3. Auswirkungen der Rechenschaftspflicht: Schutz des Betroffenen durch Nachweispflicht des Verantwortlichen?	333
a) Bestimmung der Reichweite der Nachweispflicht	334
b) Faktische Dokumentationspflicht	335
c) Praktische Umsetzung eines Verarbeitungsverzeichnisses	336
d) Vereinbarkeit mit der Selbstbelastungsfreiheit	338
aa) Ausreichende Autonomie durch das Verständnis der Rechenschaftspflicht als Beweislastregelung	339
bb) Übertragbarkeit auf das Bußgeldverfahren?	340
e) Vereinbarkeit mit der Unschuldsvermutung	344
f) Vereinbarkeit mit dem Untersuchungsgrundsatz	345
4. Zwischenergebnis	346
IV. Grenzüberschreitende Übermittlung an US-Dritte im Rahmen von Konzernstrukturen	348
1. Jüngere historische Entwicklung der Datenübermittlung in die USA	349
2. Zweistufige Prüfung nach Art. 44 DS-GVO	350
a) Erlaubnistatbestände zur konzerninternen Weitergabe von Untersuchungsergebnissen (Art. 44 S. 1 DS-GVO)	351
aa) Berechtigte Interessen der Ober- und/oder Untergesellschaft innerhalb der Unternehmensgruppe (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO)	351
bb) Beurteilung weiterer Übermittlungsgrundlagen	354

cc)	Würdigung des besonderen Betroffenenrisikos bereits auf der ersten Stufe	355
b)	Gewährleistung des Schutzniveaus (Art. 44 S. 2 DS-GVO)	358
aa)	EU-US Privacy Shield	358
(1)	Selbstzertifizierung unter Aufsicht der FTC	359
(2)	Keine belastbare Einschränkung der staatlichen Zugriffsmöglichkeiten	360
(3)	Privilegierung von unternehmensinternen Kontrollmaßnahmen	366
bb)	Geeignete Garantien	367
(1)	Individualvertragliche Regelungen (Art. 46 Abs. 3 lit. a) DS-GVO)	368
(2)	Standarddatenschutzklauseln	371
(3)	Binding Corporate Rules	374
(4)	Codes of Conduct und zertifizierte Garantien	375
cc)	Ausnahmen	376
(1)	Wichtige Gründe des öffentlichen Interesses	377
(2)	Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen – Auskunftsverlangen von US-Behörden	379
(3)	Subsidiäre Interessenabwägung im Einzelfall	381
3.	Zwischenergebnis	383
V.	Unmittelbares (extraterritoriales) Auskunftsverlangen von US-Behörden	384
1.	Freiwillige Kooperation mit US-Behörden	385
a)	Legitimation auf der ersten Stufe	385
b)	Legitimation auf der zweiten Stufe	387
aa)	Der deutsch-amerikanische Vertrag über die Rechtshilfe in Strafsachen schränkt das öffentliche Interesse nicht ein	388
bb)	Kooperation als anzuerkennendes Verteidigungsverhalten	389
cc)	Interessenabwägung nur in Ausnahmesituationen	391
2.	Eigenmächtige extraterritoriale Zugriffsbefugnisse	391
a)	Völkerrechtliche Vorgaben und Grenzen	391
b)	Extraterritoriales Verständnis des US-Rechts	393

c)	Bewertung der Zulässigkeit transnationaler Zugriffsmöglichkeiten	394
aa)	Ausreichender US-Bezug?	395
bb)	Unmittelbare oder lediglich faktische Durchsetzung?	397
cc)	Art. 48 DS-GVO als „blocking statute“	400
3.	Zwischenergebnis	401
VI.	Rechtsschutz des verdächtigen Mitarbeiters gegen geplante Übermittlungen	403
1.	Privatrechtliche Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen des Arbeitgebers und der Obergesellschaft	403
a)	Unterlassungsverpflichtung des Arbeitgebers	404
aa)	Anspruch auf Unterlassung der datenschutzwidrigen Verarbeitung	404
bb)	Durchsetzung mithilfe von Sicherungsverfügungen (§ 935 ZPO)	409
b)	Begründung und Durchsetzung eines Anspruchs auf Unterlassung gegen die Obergesellschaft	410
aa)	Unmittelbare Ansprüche auf Unterlassen	411
bb)	Durchsetzungsdefizite im internationalen Zwangsvollstreckungsrecht	413
2.	Rechtsschutzmaßnahmen gegen ein behördliches Veranlassen	414
a)	Rechtsbehelfe gegen staatsanwaltschaftliche Maßnahmen	415
aa)	Isolierte Angreifbarkeit strafprozessualer Akte mit Eingriffscharakter	415
bb)	Veranlassungsmaßnahmen mit Grundrechtsrelevanz	417
cc)	Antragsbefugnis des verdächtigen Mitarbeiters	418
dd)	Eingeschränkte Rechtmäßigkeitskontrolle veranlassender Einflussnahme	418
ee)	Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 23 ff. EGGVG i.V.m. Art. 19 Abs. 4 GG	421
ff)	Anträge auf Verpflichtung nach §§ 23 Abs. 2 EGGVG	422
b)	Rechtsbehelfe gegen veranlassende Maßnahmen einer Verwaltungsbehörde im Bußgeldverfahren	423
aa)	Präventive und repressive Rechtmäßigkeitskontrolle	423

bb)	Durchsetzung von flankierenden Verpflichtungsbegehren	425
cc)	Nachträgliche Korrektur erfolgreicher Veranlassungsmaßnahmen	425
3.	Zwischenergebnis	426
VII.	Verwertbarkeit datenschutzwidrig übermittelter Informationen im Strafprozess	429
1.	Unselbstständige Beweisverwertungsverbote bei staatlich veranlasstem Informationsaustausch	431
a)	Konzentration auf Schutzzweck- und Abwägungslehre	431
b)	Grundlegend: Zurechenbarkeit des privaten Datenschutzverstößes	433
c)	Herantreten auf der Grundlage eines schlichten Auskunftsbegehrens nach § 161 StPO	433
d)	Das Problem der Fernwirkung des einfachrechtlichen Täuschungsverbots nach § 136a StPO	434
e)	Die Behandlung unrechtmäßiger Herausgabeanordnungen nach §§ 94, 95 StPO	437
f)	Unmittelbare verfassungsrechtliche Implikationen	438
aa)	Hindurchwirken der Täuschung und <i>nemo- tenetur</i>	439
bb)	Auswirkungen entgegenstehender Vertraulichkeitszusagen	440
cc)	Aktives Unterdrücken von Information und Auskunft	443
dd)	Einflussnahme auf die Datenschutzfolgeabschätzung	444
ee)	Präjudizwirkung der Abwägung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO	446
2.	Selbstständige Beweisverwertungsverbote unabhängig vom Veranlassungsverhalten	447
3.	Zwischenergebnis	449
VIII.	Ausgleich rechtsstaatlicher Defizite durch das Datenschutzrecht	451
1.	Transparenzgrundsatz: Kompensation fehlender Beschuldigtenrechte	452
a)	Ein Ansatz von Waffengleichheit	453
b)	Beteiligung an der Wahrheitsfindung	456

c) Weitergehende Belehrungspflichten	456
d) Ein Ansatz von <i>nemo-tenetur</i> in Vernehmungssituationen	457
e) Fairness als Maßstab der Verarbeitung	460
2. Allgemeiner Verbotsgrundsatz: Abbildung des Gesetzesvorbehalts	462
3. Ergebnis und Einschätzung	463
Literaturverzeichnis	465